Nummer 87 — 31. Jahrgang

Erscheint 6mal wöchtl. mit illustr. Gratisbeilagen „Heimat und Welt" und der Kinderbeilage „Für unsre kleinen Leute", sowie den Textbeilagen „St. Benno-Blatt", „Unterhaltung und Wissen", „Die praktische Hausfrau", „Kreuzlicher Ratgeber", „Das gute Buch". Monatlicher Bezugspreis ℳ 2,70 einschl. Bestellgeld. Einzelnummer 10 ₰ Sonnabend- u. Sonntagnummer 20 ₰.
Hauptschriftleiter: Dr. G. Deßczyk, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Donnerstag, den 14. April 1932
Verlagsort: Dresden
Anzeigenpreise: Die 1gespaltene Petitzeile 30 ₰. Familienanzeigen u. Stellengesuche 20 ₰. Die Petitreklamezeile, 69 mm breit, 1 ℳ. Für Anzeigen außerhalb des Verbreitungsgebietes 40 ₰, die Petitreklamezeile 1,30 ℳ. Beilegeb. 10 ₰. Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigen-Aufträgen u. Leistung v. Schadenersatz.

Geschäftsstelle, Druck und Verlag: Germania, Buchdruckerei und Verlag Dresden-A. 1, Polierstr. 17, Fernruf 21012. Postscheckkonto Dresden 1025. Bankkonto Stadtbank Dresden Nr. 9436.

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-Altstadt 1, Polierstraße 17, Fernruf 20741 und 21012.

Für Arbeitsbeschaffung

Eine Kundgebung der freien Gewerkschaften in Berlin

Rede Leiparts

Berlin, 13. April.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund veranstaltete am Mittwoch im Reichstag einen außerordentlichen Kongreß der Gewerkschaften zur Behandlung der Arbeitsbeschaffungsfrage. Der Kongreß war mit großer Spannung erwartet worden, da der Reichskanzler die Absicht hatte, selbst bei dieser Gelegenheit das Wort zu nehmen und die Pläne der Reichsregierung zu entwickeln. Zu Beginn des Kongresses wurde aber bekannt, daß der Reichskanzler im letzten Augenblick abgesagt hat und daß statt seiner

Reichsarbeitsminister Stegerwald auf dem Kongreß das Wort nehmen wird.

Mit dem Reichsarbeitsminister ist als Vertreter der Reichsregierung noch Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold erschienen.

Der Bundesvorsitzende Leipart begrüßte die zahlreichen Gäste und erklärte dann,

daß die Oeffentlichkeit allmählich gegenüber der ungeheuerlichen Tatsache eines Arbeitslosenheeres von 6 Millionen abgestumpft sei.

Auch die verantwortlichen Stellen verhielten sich dieser Frage gegenüber allzu passiv. Um so nachdrücklicher müßten die Gewerkschaften den Ruf nach Arbeit für die Arbeitslosen erheben.

Der Bundesausschuß sei in seinen Beratungen zu dem Schluß gekommen, daß der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung keine unüberwindbaren Hindernisse entgegenständen (?), wenn Reich, Länder und Gemeinden, Reichsbahn, Reichspost, Reichsbank und die übrigen verantwortlichen Körperschaften an der großen Aufgabe zusammenwirken.

Von der planmäßigen Arbeitsbeschaffung hänge die Existenz von Volk und Staat ab.

Bei allem Verständnis für die außenpolitischen Argumente der Reichsregierung hätten die Gewerkschaften die rücksichtslose Deflationspolitik der Regierung entschieden bekämpft. Nichts sei trotz wiederholter dringender Mahnungen geschehen, um durch systematische gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit die Arbeitslosigkeit zu verringern. Es sei ein Skandal, daß noch immer regulär über 48 Stunden gearbeitet würde, daß noch immer Leute mit Pensionen anderen Arbeitsplätze wegnehmen.

Obwohl die zwangsweise Senkung der Preise mit der Senkung der Löhne nicht Schritt gehalten habe, hätten die Arbeitgeber zum 30. April fast alle Tarifverträge gekündigt, um weitere Lohnkürzungen durchzusetzen. Der Kongreß erhebe entschieden Protest gegen diese widersinnige Politik der Arbeitgeber, die zur völligen Vernichtung der deutschen Wirtschaft führen müsse. (Beifall.)

Man habe gesagt, eine Arbeitsbeschaffung großen Stils sei mit Rücksicht auf die außenpolitischen Interessen und namentlich auf Frankreich unmöglich. Die Gewerkschaften, so erklärt Leipart, stellen daher vor aller Welt die Frage,

ob es der Sicherheit Frankreichs und der Befriedung Europas und der Welt dient, wenn infolge der steigenden Arbeitslosigkeit und der wirtschaftlichen Verelendung immer weitere Kreise der Bevölkerung dem politischen Radikalismus verfallen.

Kann Frankreich im Ernst Folgerungen für seine weder wirtschaftlich noch moralisch gerechtfertigten Reparationsansprüche ziehen, wenn Deutschland die letzten noch vorhandenen Finanzreserven für die Beschaffung von Arbeit aufwendet? Keinerlei übertriebene Rücksicht auf außenpolitische Interessen darf die Reichsregierung veranlassen, die unmittelbare Inangriffnahme der großen Aufgabe der Arbeitsbeschaffung hinauszuschieben. (Beifall.)

•

Den Gründen, die der Führer der freien Gewerkschaften Leipart in seiner Rede dargelegt hat, lassen sich gute Gegengründe an die Seite stellen. Der Regierung sind in der Tat in der Frage der Arbeitsbeschaffung die Hände gebunden. Weniger außenpolitische Rücksichten als der Mangel an flüssigen Mitteln und die Rücksicht auf die Sicherheit der Währung lassen eine Durchführung der vom Reichsarbeitsministerium und Reichswirtschaftsrat gemachten Vorschläge als schwierig erscheinen.

(Fortsetzung siehe zweite Seite.)

Der Landtagsschluß in Preußen

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Der Preußische Landtag ist am Dienstag entgegen den ursprünglichen Dispositionen nochmals zu einer Plenarsitzung zusammengetreten. Als erster Gegenstand wurde die von den Regierungsparteien beantragte Aenderung der Geschäftsordnung, soweit sie die Wahl des Ministerpräsidenten regelt, behandelt. Bekanntlich verfolgt diese Aenderung den Zweck, die Neuwahl des Ministerpräsidenten nur mit absoluter Mehrheit zu ermöglichen, während nach den geltenden Vorschriften bei Nichtzustandekommen einer solchen Mehrheit im zweiten Wahlgang die einfache Mehrheit entschied.

Bei der namentlichen Abstimmung gaben die Oppositionsparteien einschließlich der Kommunisten keine Karten ab. An der Abstimmung beteiligten sich 232 Abgeordnete, so daß der Landtag beschlußfähig war. Davon stimmten 227 mit Ja, und zwar außer den Mitgliedern der Regierungsparteien auch der Abgeordnete König, Berlin (parteilos), der früher der KPD. angehörte. Damit ist der Antrag angenommen. Dagegen stimmten die Abgeordneten Frau Dr. Frankenthal (Soz. Arb.-P.) und der Abgeordnete Gebhardt (Komm. Oppos.). Ungültig war die Stimme des Abgeordneten Langer (Dt. Vp.), der versehentlich eine Ja- und eine Nein-Karte abgegeben hat. Der Abgeordnete Maaßen (Ztr.) hat sich der Stimme enthalten. An der Abstimmung nicht teil nahm ferner der Abgeordnete von Papen (Ztr.), der in der Fraktionssitzung, wie er betonte, ungeachtet aller Gründe, die in normalen Zeiten für die Aenderung des Wahlmodus sprechen, gegen den Antrag Stellung nahm. Der Abgeordnete Linneborn (Ztr.) war krank. Bei der Staatspartei fehlte der frühere Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff.

Gegen 11 Uhr schloß Präsident Wittmaack die Sitzung mit der Erklärung, daß der gegenwärtige Landtag nun voraussichtlich nicht mehr zusammentreten werde, doch wurde dem Präsidenten die Ermächtigung erteilt, gegebenenfalls den Landtag nochmals einzuberufen.

•

Wir haben gegen die Vornahme dieser sachlich durchaus notwendigen Aenderung der Geschäftsordnung für den gegenwärtigen Augenblick lebhafte Bedenken geäußert, und diese Bedenken bestehen fort. Es schien uns mitten in einem mit den übelsten Mitteln geführten Wahlkampfe, der entscheidende Veränderungen des Parlaments zur Folge haben wird, aus psychologischen und taktischen Gründen nicht nützlich, eine Tatsache zu schaffen, die zu anderer Zeit ohne weiteres zu rechtfertigen wäre. Nachdem nun doch eine Mehrheit des Landtages für diese Gesetzesänderung zustandegekommen ist, halten wir es für notwendig, zu der sachlichen und politischen Seite der Angelegenheit einige Bemerkungen zu machen.

Sachlich liegt der Fall ganz klar. Der bisherige Zu-

Zentrum und Preußenwahl

Der Wahlaufruf der preußischen Zentrumspartei

Abwehr und Angriff

Berlin, 13. April.

Der Vorstand der Preußischen Zentrumspartei erläßt einen Wahlaufruf, dessen wesentliche Stellen lauten:

„Ueber Preußen zur Macht im Reiche!" — das ist der Sinn des Generalsturmes gegen ein „System", das man stürzen will, um das eigene System an die Stelle zu setzen.

Die Zentrumspartei nimmt den Kampf entschlossen auf.

Was ihre Fraktion im Landtage in jahrelanger Arbeit erstritt und geleistet hat, verantwortet sie.

Wähler und Wählerinnen! Als Teil der Deutschen Zentrumspartei haben wir in Preußen jede Möglichkeit wahrgenommen, staatliche Ordnung und ruhige Entwicklung zu gewährleisten, wirtschaftliche und soziale Kultur zu pflegen und die christlich-sittlichen Volksgüter sicherzustellen. Bei diesem Bemühen haben wir als Minderheit die parlamentarische Unterstützung da suchen und annehmen müssen, wo sie gegeben war. Koalitionen im Parlament sind Arbeits- und nicht Gesinnungsgemeinschaften. Die Wesensunterschiede der Parteien bleiben davon unberührt.

Das Zentrum hat niemals Bündnisse unter Preisgabe politischer und weltanschaulicher Grundsätze geschlossen.

Es blieb frei nach allen Seiten bis auf den heutigen Tag. Das parlamentarische Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie in Preußen war unter dem Mangel an Verantwortungsbereitschaft und Gemeinschaftswille der in nicht weniger als zehn Gruppen aufgespaltenen Rechten die einzige realpolitische Möglichkeit, um überhaupt eine regierungsfähige Mehrheit zu bilden.

An dem Willen des Zentrums, mit allen Parteien zu arbeiten, die bereit waren, Verfassung und staatliche Autorität zu achten, eine soziale Politik zu bejahen und die Gewissens-, Religions- und Unterrichtsfreiheit ernsthaft zu wollen, hat es nie gefehlt. Wir haben aber sehen müssen, daß diejenigen Parteien, die uns heute „Verrat an christlichen Kulturgütern" vorwerfen, zu einer ehrlichen Zusammenarbeit auf dieser Grundlage nicht fähig waren.

Im Reiche versagten unsere Ankläger bei der Gestaltung des Reichsschulgesetzes,

bei der Formung des Eherechts, in Preußen standen sie und andere gegen uns in der Frage des Einbaues des Religionsunterrichtes in die Berufsschule, in der Beseitigung der simultanen Lehrerbildung, in der Konkordatsfrage. Dieses ihr Versagen suchen sie heute zu verschleiern durch unwahre Behauptungen.

Es ist unwahr, daß die Zentrumspartei in Preußen den Freidenkerverbänden Vorschub geleistet hat. Sie hat verhindert, daß diesen Verbänden Körperschaftsrechte verliehen wurden. Das Zentrum hat dem Treiben kommunistischer und sonstiger Gottlosenverbände entgegengewirkt. Das Zentrum ist antireligiösen Veröffentlichungen, wo immer es sie fand, entschieden entgegengetreten. Der Kampf gegen Schmutz und Schund ist von uns ohne Rücksicht auf die parlamentarische Zusammenarbeit mit der Linken weitergeführt worden, ohne jeweils die Unterstützung der gesamten Rechtsparteien zu finden.

Die Zentrumsfraktion hat sich mit der Abwehr nicht begnügt. Sie hat durch großzügige Wohnungs- und Siedlungspolitik, durch Wohlfahrts- und Gesundheitspflege, durch Jugendfürsorge und Jugendertüchtigung die sittlichen Grundlagen des Staates und Familienlebens zu festigen gesucht. Sie hat der Landwirtschaft weitgehende Hilfe zuteil werden lassen. Sie hat Handwerk und Mittelstand geschützt und die Handels- und Gewerbepolitik mit sozialem und fortschrittlichem Geiste erfüllt. Sie hat insbesondere nie versagt im Schutze der gefahrvollen Bergarbeit. Die Beamtenschaft fand an ihr die Hüterin ihrer Berufsrechte. Der gefährdeten Grenzgebiete hat sie sich besonders angenommen.

Was haben aber diejenigen getan, die heute gegen ein angebliches „schwarz-rotes" System anrennen?

Unter dem Einfluß des jetzigen Führers der deutschnationalen Partei hat man jene volksverderbende, revolutionäre Bewegung des Nationalsozialismus ermutigt und begünstigt: eine Bewegung, die bürgerliches Rechtsbewußtsein gemeinhin bedroht, jeglichen Besitz in Frage stellt, Blut- und Gewaltinstinkte züchtet, christliche Glaubensbegriffe verwirrt und unser Volk an den Rand des Bürgerkrieges getrieben hat.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Volksentscheid

findet am 17. April auf Verlangen der Kommunisten über den Weiterbestand des Sächsischen Landtages statt. An diesem Volksentscheid, der den Machtgelüsten der Radikalen zum Ziele verhelfen soll, darf sich kein Vernünftiger beteiligen.

Volksentscheid über die katholische Presse in Sachsen bedeutet der Pressemonat April. Vom Ergebnis dieses Monats hängt es ab, auf welcher Grundlage wir unsere Arbeit in diesem Jahre werden fortführen können. An diesem Volksentscheid muß sich jeder vernünftige Katholik beteiligen!

Hier abtrennen!

Bestellschein zum Bezug der Sächsischen Volkszeitung Dresden-A. 1, Polierstraße 17

Unterzeichneter bestellt ab _____

die „Sächsische Volkszeitung"

Name: _____

Stand: _____

Wohnort: _____

Straße, Hausnummer: _____

Der Bezugspreis ab Monat _____

folgt auf Postscheckkonto Dresden Nr. 1025